

Statt echter Schuldentilgung neue Lasten: schwarz-gelber Haushaltsentwurf als Wahlkampfbroschüre

Auf den letzten Drücker versucht die Staatsregierung ihre politischen Fehler so abzumildern, dass sie am Wahltag nicht mehr im gefürchteten Umfang zu Buche schlagen sollen.

Methode Unwahrhaftigkeit: Höchster Anstieg der Verschuldung statt ausgeglichener Haushalt

Methode Verschleierung: Die Milliarden-Erblast bei der BayernLB

Methode Ablenkung Klage gegen die eigene Politik beim Länderfinanzausgleich

Rede von Volkmar Halbleib, MdL

stellv. Vorsitzender und Finanz- und

haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Einbringung des Entwurfs der Staatsregierung zum Doppelhaushalt 2013/2014

Im Bayerischen Landtag

25. September 2012

Es gilt das gesprochene Wort

„Bayern ist die Oase der Stabilität schlechthin in Europa. (...) Bayern verbindet Schuldentilgung, Wachstumsimpulse, Stabilität und Zukunftsinvestitionen. Die Tradition schuldenfreier Haushalte wird fortgesetzt.“ So heißt es in der Pressemitteilung der Staatsregierung von 11. Juli 2012 zu den Eckpunkten ihres Entwurfs zum Doppelhaushalt 2013/2014.

Diese angebliche bayerische Oase in der finanzpolitischen Wüste ist eine Fata Morgana. Horst Seehofer und Markus Söder sind finanzpolitische Scheinriesen. Wie der Scheinriese Tur Tur aus dem Lummerland. Je weiter man sich von ihm entfernt, desto größer scheint er. Nur wer sich ganz nah an ihn heran wagt, erkennt, dass er genauso groß ist wie jeder normale Mensch.

Scheinriese Schuldentilgung: Es ist schon ein absurdes Schauspiel, dass sich mit der CSU gerade diejenige politische Kraft als angeblicher Schuldentilger aufspielt, die dafür gesorgt hat, dass der Schuldenstand Bayerns seit 2008 mit 10 Milliarden Euro um 45 Prozent und damit um 800 Euro pro Einwohner angestiegen ist.

Scheinriese Stabilität: Die CSU hat dem Steuerzahler nicht nur 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgelastet mit jährlichen Zinsbelastungen in Höhe von 350 Millionen Euro (= Geld für 7.000 Lehrer), die CSU hinterlässt mit ihrer politischen Fehlsteuerung bei der Landesbank der nächsten Staatsregierung und dem nächsten Bayerischen Landtag weitere milliarden schwere Risiken. Diese drohen nicht nur, wie bei der Frage der Rückzahlung der 3,1

Milliarden Euro Darlehen bzw. Eigenkapitalzuschüsse an die HGAA, sondern sie stehen zum Teil schon fest, wie die mindestens 1,625 Milliarden Euro an Garantiezahlungen für das marode ABS-Portfolio bei der Landesbank. Hier wird die erste Rate in Höhe von 380 Millionen Euro bereits 2014 fällig.

Scheinriese Zukunftssicherung: CSU und FDP zerschlagen mit der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds die zentralen Instrumente der Zukunftsvorsorge im Freistaat. Spätestens mit diesem Haushalt ist es klar: CSU und FDP wollen die Pensionskassen des Freistaates bis zum Jahr 2014 um 1,22 Milliarden Euro plündern.

Wirtschafts- und Finanzentwicklung in Bayern – zwei Seiten einer Medaille

Wir werden CSU und FDP nicht den Gefallen tun, die positive wirtschaftliche Entwicklung in Bayern mit ihren positiven Folgen für die Einnahmesituation des Staates schlecht zu reden. Aber wir sehen genau hin.

- Wir sehen uns auch die Kehrseiten und die Schattenseiten der Medaillen an, die Sie sich selbst umhängen wollen. Wir blasen den Trockeneisnebel Ihrer Rocky-Horror-Haushaltsshow auf die Seite, um die Sicht frei zu bekommen für die finanzpolitischen Tarnungen, Täuschungen und leider auch Lügen, die Sie uns und den bayerischen Bürgern - auch heute wieder - zumuten.
- Wir haben die Pflicht, Ihre politischen Fehlentscheidungen und Versäumnisse aufzudecken, die Sie mit diesem Haushaltsentwurf unter den bayerischen Teppich kehren wollen.
- Und wir haben auch und gerade wegen Ihrer überzogenen Jubelrethorik die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Sie sich bei vielen positiven Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken.

Der Erfolg hat viele Väter – und (mit Verlaub) auch sozialdemokratische!

Die derzeitig gute bis sehr gute Entwicklung der Steuereinnahmen ist eng verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Dass CSU und FDP sich diese Entwicklung als ihren Erfolg zuschreiben, mag ja parteipolitisch verständlich sein, ist aber schlicht und einfach falsch. Wir wollen von Ihnen gar nicht verlangen, dass Sie das selbst zugeben, obwohl Sie es im Stillen einräumen müssen. Deshalb sagen wir das umso klarer und selbstbewusster.

Wir sagen zunächst: Das ist das Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Unternehmerinnen und Unternehmer in Bayern, der Gewerkschaften, Betriebsräte und der Selbstorganisation der bayerischen Wirtschaft.

Das ist aber auch drei sozialdemokratischen Leistungen geschuldet:

- Den Arbeitsmarkt-Reformen in der Regierungszeit von Gerhard Schröder;
- Den sozialdemokratischen Ideen und Konzepten 2008 und 2009 für eine wirksame Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch aufgrund der Finanzmarktkrise, verbunden mit den Namen Peer Steinbrück für das Vertrauen in die Anlagensicherheit, mit Frank-Walter Steinmeier für das Konjunkturprogramm und mit Olaf Scholz für die Kurzarbeiterregelung;
- Dem sozialdemokratisch regierten Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft, die dazu führt, dass Oberbayern 129 % über dem Durchschnitt der bayerischen Steuerkraft liegt und damit einen entscheidenden Beitrag zu den bayerischen Staatseinnahmen leistet.

Euro und Verantwortung

Und wir haben es auch dem Euro zu verdanken: Denn der Export nimmt in Bayern bekanntermaßen eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes von 51 % wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet, was die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft unterstreicht. Im Exportgeschäft konnten die höchsten Zuwächse seit 36 Jahren verzeichnet werden. Mit einem Anstieg um 11 % beliefen sich die Ausfuhren 2011 auf knapp 160 Mrd. Euro – für 2012 sind neue Exportrekorde in Sicht.

Deswegen ist das verantwortungslose Gerede von Herrn Söder während der Sommerpause zum Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht nur verantwortungslos, sondern es schädigt auch die wirtschaftlichen Interessen Bayerns, die Interessen der bayerischen Unternehmen und der Arbeitnehmer/innen in Bayern. Bayern hat doch das größte wirtschaftliche Interesse, die Turbulenzen in der Euro-Zone zu lösen und sie nicht durch populistisches Geschwätz noch anzufachen.

Die Bürger erwarten Klarheit über den bayerischen Kurs zur Euro-Rettung, die Vielstimmigkeit in der CSU schadet dem Land. Die CSU ist mit Dobrindt und Söder auf der einen Seite ("Griechenland raus!") und mit Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite ("Griechenland retten!") richtungslos und nicht handlungsfähig. Wir erwarten, dass der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende sich noch in dieser Plenarsitzung erklärt, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei „ein Exempel zu statuieren“. Er soll hier und heute sagen, welche Ansteckungsgefahren der geforderte sofortige Austritt von Eurostaaten auf andere Euro-Länder hat und welche Konsequenzen damit auch für das exportorientierte Bayern verbunden sind - für die konjunkturelle Entwicklung Bayerns, für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bayern. Und Herr Seehofer soll gegenüber diesem Landtag und der bayerischen Öffentlichkeit vollumfänglich erklären, welche unmittelbaren Kosten der deutsche und bayerische Steuerzahler tragen muss, die mit dem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone unweigerlich auf ihn zukommen und was die Auswirkungen für diesen Doppelhaushalt und die Finanzplanung des Freistaates Bayern wären.

Die Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden bayerischen Medaille

Die positive Gesamtentwicklung der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Steuerkraft, die bei der Einnahmeproggnose zu Buche schlägt, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Frage, wie lange diese Entwicklung andauert, auch und gerade von der Entwicklung für die Euro-Zone abhängt. Und sie darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die Kehrseiten der vermeintlich so glänzenden Medaillen in Bayern gibt: Denn die wirtschaftliche Schere zwischen Arm und Reich geht auch und gerade in Bayern immer stärker auseinander. Und auf diese Herausforderung haben CSU und FDP mit ihrer Politik keine Antworten – mit ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik schon gar nicht.

Wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen in Bayern: Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Leistungsstärke zwischen den bayerischen Regionen wächst ständig. Die Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit bestätigen das. In Nürnberg, Hof, Weiden, Wunsiedel, Passau und Schweinfurt ist die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie in den meisten Teilen Oberbayerns oder des Allgäus. Die CSU hat es in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit zugelassen, dass die wirtschaftliche Schere innerhalb der bayerischen Regierungsbezirke noch viel stärker auseinandergeht als etwa zwischen Bayern und Berlin. Das BIP liegt in Berlin bei 90 Prozent des Bundesdurchschnitts, das BIP von Bayern bei 116 Prozent des Durchschnitts (2010). Das BIP von Oberfranken liegt nur bei 83,9 Prozent des Bayerndurchschnitts, Oberbayern bei 119,7 Prozent des Bayerndurchschnitts (2009). Das heißt, die CSU hat es nach über 54 Jahren

Regierungsverantwortung innerhalb Bayerns noch weniger geschafft für gleichwertige Wirtschaftsverhältnisse zu sorgen, als dies im Verhältnis zwischen Bayern und Berlin der Fall ist.

Die Schere der Bildungsungerechtigkeit: In Bayern ist die soziale Herkunft maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg – mehr als in jedem anderen Bundesland. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, anstatt sie zu beheben. CSU und FDP halten nach wie vor an den unsozialen und ungerechten Studiengebühren fest. Und die CSU lehnt aus ideologischen Gründen alle dringend erforderlichen Korrekturen bei der Schulpolitik ab, die mehr regionale Bildungsgerechtigkeit und verbesserte Durchlässigkeit ermöglichen und die Chancen für Kinder aus bildungsfernen und ökonomisch schwächeren Familien verbessern würden.

Die Schere bei den Arbeitsverhältnissen: Unsichere und schlecht bezahlte Arbeit nimmt auch in Bayern immer weiter zu. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Die Zahl der Mini-Jobber, Leiharbeiter und befristet Beschäftigten steigt. Werkverträge dienen vermehrt dazu, Stammbeschäftigte zu ersetzen. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn und einem bayerischen Vergabegesetz. Damit subventionieren CSU und FDP weiter Unternehmer, die Dumpinglöhne zahlen, mit öffentlichen Haushaltsmitteln, zulasten der soliden Unternehmer. Sie schwächen die Sozialversicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte. Die Staatsregierung aus CSU und FDP hat auch leider nicht die politische Kraft, der aktuellen Thüringer Initiative zum Mindestlohn zuzustimmen.

Die Schere bei der Altersarmut: Erwerbsarmut ist eine Ursache für Altersarmut, die in Bayern jetzt schon überproportional ist. Der vom bayerischen Sozialministerium aktuell vorgelegte Bericht zur sozialen Lage in Bayern ist doch alarmierend. Wenn in Bayern jeder fünfte Mensch über 65 Jahren durch Altersarmut gefährdet ist und der Anteil bei alleinstehenden Frauen sogar bei 28,3 Prozent liegt, dann ist rasches politisches Handeln gefordert. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. Seit über einem Jahr liegen der bayerischen Staatsregierung nun die Empfehlungen der von Ministerpräsident Seehofer eingesetzten Schösser-Kommission vor. Obwohl dort zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut aufgezeigt werden, ignoriert die Staatsregierung die Vorschläge.

Die Schere zwischen Reich und Arm: Die soziale Kluft vergrößert sich auch in Bayern. Der Entwurf für den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung muss ein Warnsignal sein. Das private Nettovermögen hat sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Euro auf 10 Billionen Euro erhöht. Hinter diesen Zahlen steckt jedoch eine sehr ungleiche Verteilung des Privatvermögens. So vereinten die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich und dieser Anteil ist in der Vergangenheit stetig angestiegen. Das steht nicht nur im deutlichen Kontrast zu den unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten, die Verluste beim Einkommen hinnehmen mussten.

Die Entwicklung des privaten Reichtums steht auch im Kontrast zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Durch die Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgte

eine weitere Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen. Eine solche Entwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung.

CSU und FDP haben nicht nur keine Antwort auf die Frage, sondern mit ihrer Politik und ihren Vorschlägen vergrößern sie die Kluft von arm und reich. Die CSU hat mit ihrer über Jahrzehnte praktizierten Unterbesetzung der Finanzämter die Steuergerechtigkeit zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen getreten. Herr Söder will die Erbschaftssteuer halbieren, damit die soziale Kluft noch größer wird. Die FDP spielt sich lieber beim Ankauf von Steuerdaten als Verteidigerin der Steuerhinterzieher auf, anstatt wenigstens für Mindestlöhne zu sorgen. Solange die FDP in Deutschland noch mitregiert, wird auch ein Durchbruch zur Finanztransaktionssteuer unmöglich sein.

Haushaltentwurf als Wahlkampfbroschüre

Das, was die Staatsregierung heute dem Bayerischen Landtag und der bayerischen Öffentlichkeit als Entwurf des Doppelhaushaltes vorlegt, ist eigentlich gar kein Doppelhaushalt, sondern es ist ein Haushalt nur für das Jahr 2013, genauer gesagt: Das ist ein Haushalt bis zum 15. September 2013, und noch treffender: Dies ist ein Haushalt für den 15. September, den Tag der Bayerischen Landtagswahl.

Ein zwar äußeres, aber treffendes Zeichen dafür, dass Sie diesen Entwurf des Doppelhaushaltes als Wahlkampfbroschüre verstehen, ist der diesjährige Zeitplan für die Haushaltsberatungen. Das ist der 5. Haushaltentwurf (ohne den 2. Nachtragshaushalt 2008 mit 10 Mrd. Euro Schulden für die BayernLB), den die Staatsregierung in dieser 16. Legislaturperiode dem Bayerischen Landtag vorlegt. Es ist zugleich der erste und einzige, in dieser Legislaturperiode, bei dem die Staatsregierung die Zeitvorgaben der Bayerischen Haushaltordnung eingehalten hat. Aber wenn auf den letzten Metern der Legislaturperiode die bisherigen Versäumnisse von insgesamt 4 Jahren schwarz-gelber Regierungszeit in Bayern aufgeholt werden müssen, kann natürlich nicht auf die Steuerschätzungen im November gewartet werden.

1. Der Haushalt der Fehlerkorrekturen auf den letzten Drücker

Ihr Haushaltentwurf versucht, auf den letzten Drücker die politischen Fehler so abzumildern, dass sie am Wahltag nicht mehr im gefürchteten Umfang zu Buche schlagen sollen. Sie bauen in alter CSU-Manier auf die Vergesslichkeit der Wähler, aber das wird Ihnen nichts nützen! Diese Zeiten sind längst vorbei. Die Menschen erkennen, dass Sie nur ein kurzfristiges Wahlkampf-Strohfeuer abbrennen.

Beispiele gefällig:

- Grausamkeiten im öffentlichen Dienst
- Kürzungen der Doppelhaushalte 2009/2010 und 2011/2012
- Kommunal финанzen - jetzt Erhöhung der Verbundquote
- Staatsstraßen
- DSL
- Regionalförderung von 80 auf 140 Millionen Euro/a
- Investitionsprogramm Kultur: Doch selbst mit Ihrer Fehlerkorrektur haben Sie offenkundig Schwierigkeiten. Wie sehr das Bild richtig ist, dass hier eine Regierungskoalition auf den letzten Metern einer Legislaturperiode, quasi auf den letzten Drücker, Schiefstände zu korrigieren versucht, zeigt doch, dass Sie das lange angekündigte und dringend überfällige Investitionsprogramm Kultur mit keiner Zeile und keinem Ansatz in diesem Entwurf erwähnt haben und wohl erst mit einer Nachschubliste ins Haushaltsverfahren eingeführt wird.

Zehn Jahre nach Stoiber steht der bayerischen Bevölkerung ein Dejavu bei der CSU-Haushaltspolitik bevor! Denn hier soll offensichtlich das gleiche CSU-Wahlkampf-drehbuch wie beim Doppelhaushalt 2003/2004 zum Einsatz kommen.

Vor der Wahl wohlklingende Ankündigungen und nach der Wahl ein ungerechtes Kürzungsprogramm wie beim Nachtragshaushalt 2004, von dem sich manche in Bayern noch nicht so recht erholt haben. Vor der Wahl die Garantie für die 40-Stunden-Woche, dann mit gebrochenem Versprechen die Verlängerung auf 42-Stunden durchgedrückt. Vor der Wahl Loblieder auf das neunstufige bayerische Gymnasium gesungen, dann die am schlechtesten organisierte und bis heute verkorksteste Gymnasialreform aller Zeiten losgetreten.

Und 10 Jahre später? Was würde nach der Landtagswahl passieren, wenn die CSU wieder die Mehrheit bekommen würde? Die CSU würde nach der Landtagswahl wieder zu ihren alten Stoiberschen Arbeitsmethoden zurückkehren. Die Bevölkerung hat die unsoziale, brachiale und unvernünftige Vorgehensweise von damals nicht vergessen. Söder weiß das, weil er als Generalsekretär das damalige Drehbuch geschrieben hat. Das ist auch der Grund, warum Herr Söder als erklärter Stoiberianer in seiner neuen Aufgabe das Wort „Sparen“, eigentlich eine Kernvokabel jedes Finanzministers, scheut, wie der Teufel das Weihwasser. „Wir sparen nicht, wir tilgen!“ Weil er Angst hat, dass die Bayern vor der Landtagswahl das alte Muster der alten CSU erkennen.

2. Der Haushalt der Unwahrhaftigkeit, der Verschleierung und der Ablenkung

Methode Unwahrhaftigkeit:

Höchster Anstieg der Verschuldung statt ausgeglichener Haushalt

Der Herr Finanzminister schreckt in seiner Haushaltspolitik auch vor handfesten Lügen nicht zurück. An prominenter Stelle auf Seite 1 des Gesetzes-Vorblatts zum Haushaltsgesetz schreiben Sie: „Der Ausgleich des Haushalts erfolgt zum achten und neunten Mal ohne Einnahmen aus Krediten.“ Das passt zu Ihrem Politikstil, dass sie keine Skrupel haben, diesen Entwurf mit einer Lüge zu beginnen. Sie wissen, dass der Freistaat Bayern durchschnittlich jedes Jahr von 2006 bis 2012 1,32 Milliarden Euro Kredite aufnehmen musste. Selbst wenn man die Tilgung 2012 abzieht, von der wir nicht wissen, ob sie bereits erfolgt ist, sind es durchschnittlich 1,29 Milliarden Euro neue Schulden pro Jahr. Wenn das der CSU-Generalsekretär a.D. im Bierzelt leugnet, ist es auch eine Lüge. Wenn Herr Söder das aber als Finanzminister, der vor diesem Hause seinen Amtseid abgelegt hat, das im offiziellen Entwurf für das Haushaltsgesetz des Freistaat Bayern leugnet, dann wird aus dieser Lüge ein handfester Skandal. Herrn Söder und der CSU sind in der Politik wohl alle Mittel recht.

Methode Verschleierung:

Die Milliarden-Erblast bei der BayernLB

Seit nunmehr vier Jahren belasten die massiven Fehlentscheidungen der Vertreter der CSU-Regierung und weiterer CSU-Verwaltungsräte bei der Landesbank die Finanzpolitik des Freistaates Bayern. Die abschließende Entscheidung der EU-Kommission hat daran leider nichts geändert, auch wenn der Finanzminister die Milliarden-Erblast zu verschleiern versucht:

- Die Zinszahlungen belasten den Doppelhaushalt 2013/2014 mit über 700 Millionen Euro.
- Die milliardenteure Garantie des Freistaates Bayern für die toxischen ABS-Papiere in der Bad-Bank der Landesbank kostet den Steuerzahler auch nach derzeitiger Einschätzung des Finanzministeriums mindestens weitere 1,625 Milliarden Euro, davon

sind 2014 bereits 380 Millionen Euro zur Zahlung 2014 eingestellt, der Rest als Verpflichtungsermächtigung. Damit wird die Bad-Bank bei der Landesbank endgültig zur Bad-Bank im Staatshaushalt!

- Ob das ausreicht, muss bezweifelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine weitere Garantiesumme in Höhe von 3,175 Milliarden Euro für das ABS-Portfolio vom Steuerzahler aufgebracht werden muss und damit die gesamte Garantiesumme von 4,8 Milliarden Euro fällig wird.
- Und dann drohen dem Steuerzahler weitere Risiken: Bei der Frage, ob das Darlehen der Landesbank an ihre marode Tochter Hypo Group Alpe Adria in Höhe 3,1 Milliarden Euro nicht doch Eigenkapital ist und damit erst am Ende der Forderungen steht, ist völlig offen.
- Während die Belastungen durch die Landesbank feststehen, bleibt die echte Rückerstattung, die Rückzahlung der Eigenkapitalerhöhung und der stillen Einlage von der Landesbank an den Staatshaushalt leider Ankündigungspolitik und völlig in den Sternen. Dazu zählt nämlich weder die Veräußerung von bisherigem Volksvermögen etwa der LBS oder des Anteils an der GBW AG.

Ich stelle fest: Diese CSU-Staatsregierung hinterlässt der nächsten Staatsregierung eine Erblast von dramatischer Dimension.

Leider ist aber nicht nur das frühere, sondern auch das gegenwärtige Verhalten der Staatsregierung, des verantwortlichen Finanzministers und der Regierungsfractionen von CSU und FDP bei der kritischen Aufarbeitung des Landesbank-Debakels und seiner milliardenschweren Folgen für die bayerischen Steuerzahler im Bayerischen Landtag inakzeptabel und skandalös. Die putschartige Beschlussfassung zur Auflösung der Begleitkommission (LB Komm) durch CSU und FDP spricht Bände. Man will das leidige Thema weg haben. Doch damit kommen Sie genauso wenig durch wie der Finanzminister mit seiner Weigerung, zentrale Informationen für die Aufklärung und parlamentarische Begleitung zur Verfügung zu stellen.

Wir werden die CSU gegebenenfalls in einem Untersuchungsausschuss zwingen, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen.

Und wir warnen die CSU vor einem weiteren Wahlbetrug in Sachen Landesbank, wie er 2008 schon einmal erfolgte. Auch damals haben Sie die dramatische Situation bei der Landesbank bis zum Wahltag unter dem Deckel gehalten, um erst danach das Milliardendebakel einzuräumen.

Methode Ablenkung: Klage gegen die eigene Politik beim Länderfinanzausgleich

Die Belastungen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im Rahmen des Finanzausgleichs sind zu groß, der Beitrag muss limitiert werden. Das war und ist die Position der SPD-Landtagsfraktion. Jetzt hat die Bayerische Staatsregierung eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich (LFA) angekündigt. Diese Klage müsste unter dem Aktendeckel „CSU klagt gegen CSU“ geführt werden, denn der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hat den Finanzausgleich als bayerischer Ministerpräsident verhandelt und am 26. Juni 2001 vor dem Plenum des Landtags als großen Durchbruch für Bayern gefeiert. Seehofer, Aigner, Ramsauer und alle anderen CSU-Bundestagsabgeordneten stimmten am 05. Juli 2001 im Bundestag dafür. Diese Klage ist eine reine Wahlkampfaktion und soll von der Verantwortung der CSU und der persönlichen Verantwortung von Herrn Seehofer bei der Ausgestaltung und Zustimmung zum derzeitigen LFA ablenken.

Das beweist ja auch Ihre Weigerung, wenigstens Grundzüge eines Konzepts, wie denn der Finanzausgleich geändert werden soll, diesem Landtag vorzulegen. Finanzminister Söders hat auf meine schriftliche Anfrage am 12. September geantwortet - mit einer Nichtantwort. Weder konnte Herr Söder mitteilen, welche Regelungen des Länderfinanzausgleiches die Staatsregierung seit wann für verfassungswidrig hält, noch gegen welche Regelung die Staatsregierung konkret klagen will. Und schon gar nicht, welche Änderungen die Staatsregierung mit welchen finanziellen Auswirkungen anstrebt. Spätestens jetzt muss jedem klar sein: Der CSU geht es gar nicht um konkrete Vorstellungen, was man am Länderfinanzausgleich verbessern kann. Der CSU geht es einzig und allein um möglichst viel Wahlkampfdampf, damit sie darunter verbergen kann, dass in Bayern die CSU allein die politische Verantwortung für den derzeitigen Länderfinanzausgleich trägt. Sie versuchen, wie die CDU in Baden-Württemberg, die Methode ‚Haltet den Dieb‘ und wie dort wird dies letzten Endes der CSU nichts nutzen.

3. Der Haushalt des finanzpolitisches Verschiebebahnhofs - Statt echter Schuldentilgung neue Lasten bei Pensionen und Anstieg der versteckten Verschuldung

Der große Plan zur Schuldentilgung bis 2030

Was haben wir nicht alles an Ankündigungen gehört zum verbindlichen, durchgerechneten und umfassenden Schuldentilgungsplan für den Freistaat Bayern. Was ist davon heute übrig geblieben? Ein einziger dürrer Satz in der Bayerischen Haushaltsordnung in Art. 18 Absatz 1 Satz 2. Der große Schuldentilgungsplan des Freistaat Bayerns lautet, bitte festhalten: „Die Verschuldung am Kapitalmarkt ist bis 2030 zurückzuführen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.“

Das hat in etwa die gleiche Qualität und Verbindlichkeit wie der Satz: „Im nächsten Jahr wird das Wetter schöner. Und wenn's Wetter schlechter wird, dann kann man auch nichts machen.“ Das hat einen solchen Unverbindlichkeitsgrad, dass Sie nicht einmal Ihre sonstigen Notoperationen brauchen, die Sie in dieser Legislaturperiode mehr als schon zweimal angewendet haben, nämlich flugs mit dem Haushaltsgesetz die Haushaltordnung oder andere Gesetze zu ändern und damit zu umgehen. Die politische Fallhöhe zwischen der großen Ankündigung und der banalen Unverbindlichkeit Ihrer Politik könnte nicht größer sein.

Schuldentilgung 2013 und 2014 - Komplette aus der Rücklage oder Beitrag des aktuellen Haushaltes!

Der Entwurf des Finanzministers sieht vor, im Haushaltsjahr 2013 520 Millionen Euro und im Haushaltsjahr 2014 weitere 540 Millionen Euro Schulden des Freistaates zu tilgen. Schulden wohlgemerkt, die die CSU erst im Umfang von 10 Milliarden Euro neu aufgetürmt hat.

Doch wie wird die Schuldentilgung finanziert?

Es wäre doch zu erwarten gewesen, dass aus dem laufenden Ergebnis in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 wenigstens ein Anteil kommt, das wäre dann auch als Leistung des Finanzministers zu würdigen gewesen. Davon kann aber keine Rede sein, denn Finanzminister Söder ist vor allem in einem gut, nämlich im Zerschlagen des bewährten Systems der Versorgungsrücklage und im Plündern der allgemeinen Rücklagen.

Bereits im Haushaltjahr 2012 wird der Herr Finanzminister aus der „Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage“ des Epl.13 Kap. 80 01 (kurz allgemeine Rücklage) zur Finanzierung der laufenden Ausgaben einen Betrag von 1,445 Milliarden Euro entnehmen. Damit schmilzt die allgemeine Rücklage von ca. 3,65 Milliarden Euro (2011) auf ca. 2,1 Milliarden Euro Anfang 2013 zusammen. Zusätzlich zur vorgesehenen Milliarde für die Schuldentilgung muss aus der Rücklage 2012 noch über eine halbe Milliarde

Euro (568 Mill. Euro) für die laufenden Ausgaben entnommen werden. Die nunmehr geplante Schuldentilgung für 2013 und 2014 soll ebenfalls ausschließlich durch einen weiteren tiefen Griff in die Rücklage erfolgen.

Spannende Frage woher kommen die Mittel für die Schuldentilgung, wie wurde die Rücklage aufgebaut?

Die Rücklage wurde mit unredlichen Mittel erwirtschaftet:

- Mit den ungerechten Kürzungen beim Öffentlichen Dienst in den Jahren 2011 und 2012 im Umfang von etwa 340 Millionen €, mit den unverantwortlichen Kürzungen bei wichtigen sozialen und kulturellen Leistungen des Freistaates im Doppelhaushalt 2011 und 2012 in Höhe von etwa 170 Millionen €.
- Das Schlimmste ist aber, dass Seehofer und Söder das erst 2008 vollständig aufgebauten Systems der Sicherung von Versorgungsverpflichtungen zertrümmert haben und wenig mehr als ein finanzpolitisches Feigenblatt übrig lassen. Die ersparten Beträge belaufen sich für 2010 auf 35 Millionen Euro, 2011 auf 252 Millionen Euro, 2012 auf 280 Millionen Euro, da sind schon zum Ende des laufenden Haushaltsjahres 567 Millionen €. 2013 kommen noch einmal 310 Mill. € und 2014 noch einmal 345 Mill. € hinzu. Insgesamt werden dem Vorsorgesystem, wie sie der Landtag der letzten Periode auf den Weg gebracht hat, allein zwischen 2010 und 2014 insgesamt 1,22 Milliarden € entzogen, äußerst konservativ gerechnet. Prof. Dr. Raffelhüschen, der führende Fachmann für nachhaltige Finanzwissenschaft in Deutschland, hat der Staatsregierung ganz klar ins Stammbuch geschrieben, dass nicht getätigte Rückstellungen für bereits absehbare Verpflichtungen wie die Pensionsverpflichtungen ökonomisch eindeutig neue Schulden sind. Es ist klar: Bei CSU und FDP wird die Tilgung alter Schulden mit neuen Schulden bezahlt!

Wie sollen denn die Rücklagen wieder gefüllt werden?

Trotz der massiven Plünderung der Rücklage kündigt der Finanzminister in St. Qirin an, am Ende des HH-Jahres 2014 dennoch 2,3 Milliarden Euro in der Rücklage zu haben und will dies als Ergebnis guter Vorsorge darstellen. Wie ist die Realität? Die Realität ist, dass die im Haushaltentwurf vorgelegte Zahl für die Rücklagenhöhe bei exakt 1,37 Milliarden € liegt, das ist schon einmal eine Milliarde weniger, wie öffentlich deklamiert. Und eigentlich ist in der Rücklage am Ende des Doppelhaushaltes praktisch überhaupt nichts mehr, kein Puffer, keine Konjunkturreserve. Wenn da nicht diese Zuführungen zur Rücklage wären, die sich auf ca. 1,32 Milliarden Euro belaufen zusammen für 2013 und 2014.

Doch woher kommen diese Mittel? Jetzt kommt der Sonder-Clou unseres „soliden“ Finanzministers: Die Mittel kommen, wie könnte es anders sein, direkt aus dem Ort des größten CSU-Finanzdebakels, nämlich aus der Landesbank. Aus dem „Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB“ (Kapitel 13 60) werden 1,32 Milliarden Euro der Rücklage zugeführt als Gebühr für die Garantie, als Zins- und Dividendenzahlung oder als sonstige Einnahmen. Die Zahlungen sind letztlich finanziert aus der vom Steuerzahler zu tragenden größten Nettoneuverschuldung in der Geschichte des Freistaates. Eine solche Rücklagenzuführung, die unmittelbare Folge des Debakels bei der Landesbank ist, jetzt als Ausweis stabiler Finanzpolitik darzustellen, ist ein Täuschungsmanöver erster Güte.

Herr Söder, Sie entwickeln sich immer mehr zu einem unseriösen Finanztrickser. Sie wollen die Bürger in Bayern für blöd verkaufen. Ich erwarte, dass Sie sich heute noch für dieses Täuschungsmanöver entschuldigen. Dieses Täuschungsmanöver zeigt einmal mehr, dass es zwingend erforderlich ist, einen Erblastfonds für die zukünftigen Folgen des Landesbank-Debakels einzurichten, in den alle Zahlungen der Landesbank einfließen.

Haushaltsausgleich mit Hängen und Würgen:

Selbst die vollständige Plünderung der Rücklagen reicht dem Finanzminister nicht, um den Haushalt auszugleichen. Für 2014 muss der Finanzminister zur Deckung des negativen Finanzierungssaldos in Höhe von immerhin 215 Millionen Euro dem eigenen Grundstockvermögen ins Kapital greifen, um den Haushalt zu finanzieren. Schließlich gelingt der Haushaltsausgleich auch nur, weil sie die haushaltsgesetzliche Sperre von 10 auf überwiegend 15 Prozent erhöhen wollen, also mit dem Staubsauger über den Haushalt fahren und damit in allen Ressorts jährlich 272 Millionen Euro einsaugen wollen.

6. Der Haushalt der versteckten Verschuldung!

Mit dem Entwurf für den Doppelhaushalt verantwortet die Staatsregierung einen weiteren Anstieg der versteckten Verschuldung beim Freistaat Bayern.

Versteckte Verschuldung I: Durch mangelnde Vorsorge für Pensionsverpflichtungen

Durch die Zerschlagung des Vorsorgesystems für Pensionsverpflichtungen will die Staatsregierung bis Ende 2014 insgesamt 1,22 Milliarden Euro an finanziellen Verpflichtungen in die Zukunft verschieben; bis 2017 wird dieser Betrag auf etwa 3,3 Milliarden € ansteigen.

Versteckte Verschuldung II: Durch mangelnden Unterhalt und fehlende Sanierungen

Der Bauunterhalt (Gruppe 519) geht von 177,6 Millionen Euro Ist-Ausgaben in 2011 auf 143,3 Millionen Euro in 2013 und 143,5 Millionen Euro in 2014 zurück, also um 20 %.

Die Ausgaben für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Gruppe 701) gehen von 158,6 Millionen Euro Ist-Ausgaben in 2011 auf nur 121,3 Millionen Euro im Jahr 2013 und im Jahr 2014 sogar auf 98,7 Millionen Euro zurück, das sind 38 % Rückgang.

Ihre Haushaltspropaganda zu der Gesamtsumme der Bauinvestitionen (Gruppe 7) ist so irreführend, dass sie selbst Kollegin Stamm von den Grünen für bare Münze nahm, dass man „wie vor jeder Landtagswahl die Investitionen hochfahre.“ Für die Zahlen des Entwurfes kann dies jedenfalls nicht gelten.

Nachdem sich der Staub Ihrer Haushaltsshow gelegt hat, stellt man unschwer fest, dass die Investitionen des Freistaates Bayern für Baumaßnahmen nicht zunehmen, nicht einmal stabil bleiben, sondern ganz deutlich abnehmen. Während 2011 noch 1,364 Milliarden Euro für Baumaßnahmen zur Verfügung standen, sind es 2013 nur noch 1,165 Milliarden Euro, also ein Rückgang nominell um 15 %. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Baupreise ist das ein realer Rückgang der Bauinvestitionen innerhalb von 2 Jahren um 20 %! Noch dramatischer fällt der Rückgang beim Hochbau aus. Nominell etwa 19 % Rückgang von 916 Millionen Euro „Ist“ in 2011 auf 745 Millionen Euro in 2013. Inflationsbereinigt ist das fast ein Rückgang um 25 % (vgl. Übersicht, S. 53 HG).

Damit wird die vom Obersten Rechnungshof diagnostizierte Versteckte Verschuldung allein beim Bauunterhalt in Höhe von 1,2 Milliarden € weiter ansteigen.

Versteckte Verschuldung III: Staatsstraßen

Bei den Staatsstraßen schaffen Sie es nur, dass der Anstieg der versteckten Verschuldung etwas gedrosselt wird, es bleibt beim Sanierungsstau im Umfang von 700 Millionen €.

Versteckte Verschuldung IV: Durch hohen Anteil kommunaler Schulden

Den größten Posten der versteckten Verschuldung bildet die Verschuldung der bayerischen Kommunen. 2010 hatten die bayerischen Kommunen Kreditmarktschulden in Höhe von 13,8 Milliarden Euro – das sind 28,9% der bayerischen Gesamtverschuldung von Staat und Kommunen. Der Anteil der baden-württembergischen Kommunen beträgt dagegen nur 12,1%, der Anteil der hessischen Kommunen 21,6%. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen ist doppelt so hoch wie in unserem südlichen Referenzland Baden-Württemberg. Wenn der Staat die Zielsetzung des Schuldenabbaus verfolgt, darf er sich nicht auf Kosten der Kommunen entlasten, die Schulden auf die Kommunen verlagern und die Kommunen weiter in der Verschuldung lassen. Das Ziel muss doch sein, parallel die kommunalen Schulden in Bayern abzubauen.

Nimmt man als Zielmarke 20 Prozent kommunaler Schuldenanteil in Bayern, bedeutet das aktuell: Die kommunalen Schulden müssen um 5,3 Milliarden Euro sinken.

Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf für den Kommunalen Finanzausgleich wird dieser Aufgabe nicht gerecht, auch wenn Sie erstmals im Wahljahr Forderungen der SPD aufgreifen, die die Regierungskoalition vorher, u.a. noch vor fünf Monaten bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2012 abgelehnt hat:

- Die Anhebung der Verbundquote haben Sie vor fünf Monaten noch abgelehnt, jetzt soll eine Anhebung auf 12,75 % erfolgen. Notwendig wäre eine Anhebung auf 15 %, um überhaupt einen nachhaltigen Effekt für die Kommunen zu erreichen.
- Vor fünf Monaten haben CSU und FDP noch eine Erhöhung der Bedarfszuweisungen abgelehnt, obwohl das unverantwortlich war. Jetzt soll es Bedarfszuweisungen/ Stabilisierungshilfen in Höhe von 100 Millionen Euro geben, wobei die Verteilung noch nicht geklärt ist.

Das zentrale Problem der Entschuldung aber packen Sie nicht an. Die Defizite der CSU-Staatsregierungen in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern dazu geführt, dass gerade im ländlichen Raum viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldete Gemeinden aus eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge noch die Konsolidierung ihrer Haushalte leisten können. Wie sieht denn, Herr Staatsminister Söder, Ihre Antwort aus für die Bürgermeister aus dem Landkreis Wunsiedel und aus vier anderen nordbayerischen Landkreisen? Mit denen haben Sie zwar ein Gespräch geführt und Verständnis gezeigt, aber nichts gemacht. Im Gegenteil: Als die nachgefragt haben, was jetzt für sie auf den Weg gebracht wird, haben die Bürgermeister die Botschaft erhalten: Statt kritisch nachzufragen und sich weiter zu beklagen, solle man CSU und Staatsregierung doch auf die Schulter klopfen. Sie machen nichts und Sie wollen auch gar nichts tun gegen die Verschuldenssituation der Kommunen und erwarten dafür auch noch falsches Lob.

Deswegen werden wir Sie in den Haushaltsberatungen zwingen, Farbe zu bekennen und parallel zur Schuldentilgung des Staates anteilig für die Entschuldung der Kommunen zu sorgen. Bayern braucht einen Investitions- und Entschuldungspakt für notleidende Kommunen in Bayern, das auch und gerade den Gemeinden im ländlichen Raum hilft. Andere Bundesländer haben längst Entschuldungsfonds aufgelegt, die durch Teilentschuldung und damit verbundene sinkende Zinslasten die Gemeindehaushalte entlastet und einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit betroffener Gemeinden und Landkreise leisten.

Zu einzelnen Themen und Schwerpunkten:

Breitbandanschlüsse (DSL)

Im Kabinettsbeschluss vom 11.07.2012 zum Doppelhaushalt steht: „Die Spitzenposition Bayerns im globalen Wettlauf um die Zukunft entscheidet sich maßgeblich im Netz: Wir wollen für Bayern eine digitale Infrastruktur, die in die Zukunft weist. (...)“. An Ihrer Stelle, Herr Ministerpräsident und Herr Stellvertretender Ministerpräsident, würde ich mich bei solchen Sätzen in Grund und Boden schämen. Denn die Wahrheit ist: CSU und FDP fügen durch Ihre chaotische Breitband-Politik gerade der Entwicklung in den ländlichen Räumen dieses Freistaats einen massiven Schlag zu, der noch lange nachwirken wird.

Herr Zeil, in Ihrem Interview mit der Main-Post in der letzten Woche (20.09.2012) haben Sie auf die Frage des Journalisten, wie es sein kann, dass im Jahr 2012 in Bayern noch ganze Landstriche kein schnelles Internet haben, gesagt: „Das haben meine Vorgänger schlicht verschlafen. Die CSU stand bei dem Thema Breitband lange Zeit auf der Bremse, da waren andere Bundesländer sehr viel schneller. Die CSU hatte vergessen, dass der Laptop auch einen Anschluss braucht.“

Aber seit 2008 hat sich unter Ihrer Verantwortung das Breitband-Chaos in Bayern doch fortgesetzt. Erst hatten Sie ein bürokratisches und mit vielen Restriktionen versehenes Förderprogramm, aber kein Geld. Einen Antrag der SPD, die Mittel zu erhöhen, haben CSU und FDP abgelehnt. Wenige Wochen später die Erkenntnis: Die SPD hatte recht. Einen Tag vor der Verabschiedung des Haushalts am 27. März 2012 haben Sie auf den letzten Drücker 30 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Jetzt haben Sie zwar Geld im Haushalt, aber Sie haben seit fast einem Jahr kein gültiges Förderprogramm.

Im Ergebnis zeigt sich: Weder CSU noch FDP sind fähig, eine der zentralen Zukunftsherausforderungen für Bayern erfolgreich und konsequent anzupacken! Die CSU steigert die Peinlichkeit Ihrer Politik noch dadurch, dass Sie nach Ihrem Regierungsversagen bei DSL jetzt in Banz die Digitale Revolution ausrufen will, zur Vermittlung dieser Botschaft aber erst noch schnell ein DSL-Kabel verlegen lassen muss. Peinlicher geht's nicht!

Digitalfunk

Kurz vor der Sommerpause hat den Landtag die Nachricht von der dramatischen Kostenexplosion bei der Einführung des Digitalfunks für Polizei und Rettungskräfte in Bayern erreicht. Statt ursprünglich 700 Millionen Euro, wie zunächst angegeben, werden die Kosten der Einführung vom Innenministerium nun auf mindestens 1,07 Milliarden Euro taxiert. Auf die Frage, wer in der Staatsregierung für die gravierenden Fehleinschätzungen und Planungsmängel die Verantwortung trägt, hat der Bayerische Landtag keine Antwort erhalten. Deutliche Zweifel sind angebracht, ob die Staatsregierung das milliardenteure Projekt überhaupt im Griff hat oder ob nicht der Digitalfunk nach Landesbank und Landesstiftung das nächste Finanzdesaster der Staatsregierung wird. Denn die Kostenexplosion weist auch auf massive Mängel bei der Projektorganisation und in der Vertragspraxis mit externen Firmen hin. Wer, wie die Staatsregierung, das Controlling dieses Projekts auslagert, das Zusammenwirken der Systemkomponenten nicht ordentlich koordiniert und zentrale Fragen wie die Notstromversorgung nicht klärt, bei dem muss man leider auf weitere Überraschungen und neuerliche Kostensteigerungen gefasst sein.

Energiewende

„Für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude sind im neuen Doppelhaushalt insgesamt 40 Millionen Euro vorgesehen.“ Sie haben wohl den Begriff der Energiewende falsch verstanden. Energiewende heißt mehr für die Einsparung fossiler Energien und konventionellem Strom zu tun und nicht weniger. Jetzt wollen Sie jährlich 20 Millionen

ausgegeben. Das ist aber signifikant weniger als in den Vorjahren (2008 = 30 Millionen €, 2009 = 30 Millionen €, 2010 = 45 Millionen €, 2011 37,5 Millionen € und 2012 37,5 Millionen €).

Aber das passt zur schwarz-gelben Konzeptlosigkeit bei der Umsetzung der Energiewende genauso wie die Arbeitsgeschwindigkeit der Staatsregierung bei der Unterstützung der bayerischen Kommunen. Nach Fukushima hat die Staatsregierung 571 Tage gebraucht, um - nachdem zuvor alle Haushaltsanträge der Opposition abgebugelt wurden - endlich ein Förderprogrammchen für die Kommunen auf den Weg zu bringen mit einem umgerechneten Finanzvolumen von sage und schreibe 16 Cent pro Einwohner und Jahr. Mit dieser Politik von CSU und FDP kann die Energiewende nicht gelingen.

Wirtschaft

Sparen kann man sich die Kosten für die Erarbeitung, Diskussion und die Veröffentlichung Ihres Landesentwicklungsprogramms. Dieses Programm wird Bayern keinen Zentimeter voranbringen, das hat mittlerweile sogar Herr Huber von der CSU eingesehen. Die langjährigen Defizite der CSU in der Regional- und Strukturpolitik haben sich unter der Regierungsbeteiligung der FDP im Wirtschaftsministerium in Bayern fortgesetzt. Dies führt dazu, dass die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern immer stärker auseinandergeht.

Bayern braucht endlich einen wirklichen Aufbruch und eine Renaissance einer konsequenten regionalen Strukturpolitik in Verbindung mit sektoraler Ansiedlungsförderung. Mit der FDP und der aktuellen CSU, das haben Sie leider bewiesen, ist dieser Aufbruch nicht zu machen.

Bildung-Schule

Bei der Lehrerausstattung versuchen Sie, die Situation schön zu reden und die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Schulverwaltungen, die Schulleitungen, die Eltern und Schüler können Sie aber nicht täuschen, denn die spüren es tagtäglich in der Realität. Doch so schlimm wie kurz vor Beginn dieses Schuljahres war das Personalchaos, das das Kultusministerium in den Schulen angerichtet hat, noch nie.

Jetzt dokumentiert Ihr Haushaltsentwurf: Es werden am Ende des Schuljahres 2013/2014 nicht mehr, sondern weniger Lehrerstellen sein, die im Unterricht bei den Schülern ankommen! Zwar werden zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, diese dienen aber ausschließlich der Rückführung auf die 40-Stundenwoche und stehen nicht für den Unterricht zur Verfügung.

Sie reden von 1.309 mehr Lehrerstellen, aber Sie sagen damit die Unwahrheit. Vielmehr werden in Wahrheit fast einhalbtausend Lehrerstellen bis Ende des Schuljahres 2013/2014 aus den Schulen abgezogen. Ursprünglich sollten aufgrund der demographischen Rendite 2.762 Lehrerstellen aus den Schulen abgezogen werden. Diese Zahl wollen Sie jetzt reduzieren. Es bleibt aber dabei, dass es am Ende des Doppelhaushalt insgesamt 1.453 Lehrerstellen weniger geben wird als noch im laufenden Doppelhaushalt.

Das Personalchaos bei der Lehrerverteilung und das Verwirrspiel bei den Lehrerstellen passt aber zur Schulpolitik von Kultusminister Dr. Spaenle: Die Reform der Reform beim G8 ist doch ein Trauerspiel, die Entwicklung der gebundenen Ganztagschule kommt in Bayern nur mit Schnecken tempo an und Ihre Schulpolitik läuft ohne Kurskorrektur auf das Ende der wohnortnahen Schule im ländlichen Raum unweigerlich hinaus.

Hochschulen

Mit diesem Doppelhaushalt will uns Staatsminister Dr. Heubisch den Ausbau der bayerischen Hochschulen als Erfolg verkaufen. Das ist aber reine Schönfärberei. Die 38.000 neu geschaffenen Studienplätze beruhen auf längst veralteten Prognosen, was der Minister unlängst selbst zugeben musste. Die jetzt versprochenen 10.000 zusätzlichen Studienplätze hätten längst ausgebaut gehört, um die Überlast an den Hochschulen abzufangen. Die Arbeitssituation an den Hochschulen kann nur dank des Hochschulpaktes des Bundes und hoher Dritt-Mittel-Beiträge aufrecht erhalten werden.

Bayern ist eines der letzten Bundesländer, das an den Studiengebühren festhält. Das wollen, das müssen und das werden wir ändern.

Familienpolitik

Im aktuellen Bildungsmonitor geht die rote Laterne für Ganztagsbetreuung von Kleinkindern erneut an Bayern. In Bayern stand 2010 nur für knapp ein Viertel der Kinder unter sechs Jahren ein Ganztagsplatz zur Verfügung, während im Bundesdurchschnitt mehr als ein Drittel der Kinder ganztägig betreut werden. Das ist die Folge dessen, dass die CSU in Bayern die Betreuung von Kleinkindern viel zu lange ideologisch verdammt hat.

Wenn Sie nicht die SPD-regierten Kommunen hätten, wäre Ihre Bilanz noch schlechter. Das SPD-regierte München liegt mit 54 Prozent bei den Städten nach den Zahlen der Sozialministerin auf einem sehr guten dritten Rang hinter den sozialdemokratisch regierten Städten Coburg (63,9 Prozent) und Passau (59,7 Prozent). Alleine die Landeshauptstadt stellt mit 14.729 Kinderkrippenplätzen knapp 52 Prozent aller bayerischen Kinderkrippenplätze zur Verfügung. Auch bei den Landkreisen schneiden die SPD-regierten besonders gut ab. Sie führen das Ranking mit dem Landkreis Coburg (65,8 Prozent) vor dem Landkreis München (55,2 Prozent) und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt (55,0 Prozent) an. Doch dort, wo die SPD-Kommunalpolitik nicht die Fehler der Staatsregierung korrigieren kann, landet Bayern beim Vergleich mit den deutschen Bundesländern bei der Qualität der Betreuung, bei Bildung und Erziehung doch regelmäßig auf den hinteren Plätzen. Und leider haben Sie auch elementare soziale Unterstützungen in den letzten Jahren nach den Schwankungen des Haushaltslage ausgerichtet und nicht nach dem drängenden Bedarf von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Beispiel sind die Ansätze für Familienpflege, für Erziehungsberatung oder die Jugendsozialarbeit an Schulen, die Sie für zwei Jahre ganz eingefroren haben.

Öffentlicher Dienst

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst des Freistaates, die Beamtinnen und Beamten müssen bei der CSU leider auf alles gefasst sein. Kaum hatte man aufgeatmet, dass die himmelschreiende Ungerechtigkeit der längeren Arbeitszeit beseitigt werden soll und kaum war das neue Dienstrecht verabschiedet, folgte die nächste kalte Dusche mit Wiederbesetzungssperren, mit der Aussetzung der Leistungsbezüge, der Nullrunde bei den Bezügen, der Absenkung der Eingangsbesoldung. Jetzt, kurz vor der Landtagswahl geriert sich die CSU wieder als Wolf im Schafspelz und frisst Kreide. Aber die Beschäftigten werden das nicht vergessen, wie die Staatsregierung mit ihnen umgesprungen ist. Sie wissen, dass sie spätestens nach den Wahlen wieder mit neuen Überraschungen rechnen müssten, sofern die CSU dann noch in Bayern regieren sollte. Fest steht bereits jetzt, dass CSU und FDP der Vorsorge für Pensionen bis 2017 insgesamt etwa 3 Milliarden Euro entziehen werden. Die Folgen werden die Beamtinnen und Beamten noch auf Jahrzehnte begleiten.